



26.02.2008

Zu „Land agierte sittenwidrig“, 31. 1., S. 6, und „Land räumt Ländereien“, 2./3. 2., S. 6

Problematik war Abgeordneten bekannt

In den o.g. Artikeln wird ein Thema behandelt, das mich seit dem Jahr 2000 beschäftigt. Zwei meiner Frau und mir sehr nahe stehende ehemalige Land- bzw. Forstarbeiterinnen wurden gezwungen, ihren aus der Bodenreform rechtmäßig übertragenen und an sie vererbten Boden an die Landesregierung abzugeben. Als ehemals an der Durchführung der Bodenreform Beteiligter versuchte ich den Frauen zu helfen, ihr ihnen – nach meinen Erkenntnissen – rechtmäßig zustehendes Eigentum zu erhalten. Sie folgten mir bis zur Klage vor dem Landgericht, dann verließ sie der Mut, aus Furcht vor einem, vor allem von der mächtigen Gegenpartei an die Wand gemalten, negativen Ausgang des Prozesses und den damit verbundenen hohen Kosten. Beide nahmen das Angebot der damaligen Finanzministerin des Landes an, nicht zum Prozess zu erscheinen, sich durch ein „Versäumnisurteil“ zur Herausgabe verurteilen zu lassen und dagegen keine Berufung einzulegen, dann würde die Frage der Gerichtskosten durch das Ministerium geregelt. Dieses übernahm dann auch die Forderung der Gerichtskasse von je 702 DM, die keine der Frauen hätte bezahlen können, und das auch noch zusätzlich zur Enteignung. Ich weiß also, worüber ich rede. Ich habe in dieser Angelegenheit einen langen Brief an die Ministerin, an Fraktionen und Ausschüsse des Bundestags, den Bundesgerichtshof und das Bundesverfassungsgericht geschrieben... Ich danke den Brüdern Netzel aus Strausberg für ihren ausdauernden Kampf um Gerechtigkeit. Ich möchte aber betonen, dass die Hauptverantwortung weder bei einer Landesregierung noch einem Finanzminister Speer liegt. Man sollte die Fragen an die damals im Bundestag verantwortlichen Damen und Herren richten. Nachdem die letzte Volkskammer der DDR auf Vorschlag von Modrow am 6. März 1990 das Bodenreformereigentum als Volleigentum den anderen Eigentumsformen gleichgestellt und dem Schutz von ZGB und BGB unterstellt sowie die dem entgegenwirkende Bodennutzungsverordnung außer Kraft gesetzt hatte, war das Eigentum der Bodenreformerben gesetzlich garantiert. Die Verantwortlichen für die „Massen-Enteignung“ wie es in der MAZ vom 4. Februar heißt, sind nach meiner Überzeugung jene, die seinerzeit und zum Teil noch heute sich nicht laut genug über „DDR-Unrechtsgesetze“ empören können, aber hier eine von Modrow außer Kraft gesetzte Unrechtsverordnung wieder in Kraft setzten und zwar so, dass sie noch schärfer zugunsten des Fiskus der in Frage kommenden Bundesländer wirkte. Damit wurde das Gesetz der Volkskammer außer Kraft gesetzt. Letztlich wurde nur der Bodenreformerbe als „berechtigt“ anerkannt, der Mitglied einer LPG war. Ende 1999 wurde von der PDS-Bundestagsfraktion der Versuch unternommen, die Bundesregierung zu veranlassen, einen Entwurf für ein Heilungsgesetz in den Bundestag einzubringen. Der Vorschlag wurde in die Ausschüsse verwiesen. Dort wurde mit den Stimmen der anderen Fraktionen beschlossen, dass kein Handlungsbedarf besteht... Bruno Skodowski, Fürstenberg/Havel

Ihre Meinung ist gefragt!



Sie befinden sich hier: » Märkische Allgemeine » Nachrichten » Brandenburg/Berlin » **Regional aktuell**

26.02.2008

Staatsanwaltschaft prüft Unterlagen

Sichtung der Akten zur Bodenreform in Brandenburgs Innenministerium hat begonnen

Potsdam - Die Potsdamer Staatsanwaltschaft hat heute mit der Überprüfung der Akten zur Bodenreform-Affäre im Innenministerium begonnen. Zwei Staatsanwälte und eine Buchhalterin sichten die entsprechenden Unterlagen, wie Helmut Lange von der Staatsanwaltschaft sagte. In der vergangenen Woche hatten sich die Ermittler bereits mehrere Tage mit den Akten des Finanzministeriums befasst. Laut einem Zeitungsbericht will sich Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) morgen im Landtag für das Verhalten der Regierung in der Bodenreform-Affäre entschuldigen.

Der BGH hatte im Dezember 2007 die märkische Praxis zu Bodenreform-Grundstücken verworfen. Es sei „sittenwidrig und nichtig“, dass sich das Land Brandenburg bis zum Auslaufen einer Verjährungsfrist am 2. Oktober 2000 anstelle unbekannter Erben als Eigentümer in Grundbücher eintragen ließ. Die Auswertung der Unterlagen durch die Potsdamer Staatsanwaltschaft wird nach Auskunft Langes noch einige Zeit in Anspruch nehmen. dpa

Mehr dazu am Mittwoch in der Märkischen Allgemeinen.

Ihre Meinung ist gefragt!

© Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam • Realisiert mit [icomedia Enterprise|CMS](#)



Sie befinden sich hier: » Märkische Allgemeine » Nachrichten » Brandenburg/Berlin » **Regional aktuell**

26.02.2008

Linke: "Beispielloser Vorgang"

Platzecks Regierungserklärung zur Bodenreform-Affäre schon vorab bekannt

Potsdam - Über die für morgen vorgesehene Regierungserklärung von Brandenburgs Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) zur Bodenreform-Affäre ist ein Streit ausgebrochen. Der parlamentarische Fraktionsgeschäftsführer der oppositionellen Linken, Christian Görke, kritisierte vor Journalisten in Potsdam, dass wesentliche Teile der Rede Platzecks bereits heute in zwei Zeitungen veröffentlicht wurden.

"Die Linke ist darüber äußerst befremdet", erklärte Görke. „Es handelt sich um einen beispiellosen Vorgang.“ Das Parlament werde damit in seiner Souveränität beschädigt. Normalerweise werde der Text einer Regierungserklärung nach der Kabinettsitzung an die Opposition übergeben, so Görke. In einem Brief an den Staatskanzleichef Clemens Appel (SPD) forderte er das noch für heute ein.

Es stelle sich für seine Fraktion die Frage, ob es sich bei den Vorgängen „um chaotische Zustände in der Staatskanzlei oder politische Ränkespiele innerhalb der Koalition“ handle, meinte der Linkspolitiker. Deshalb sei eine unverzügliche Aufklärung der Vorgänge dringend erforderlich. Das liege auch im Interesse von Ministerpräsident Platzeck. Er gehe nicht davon aus, dass die SPD mit der Vorveröffentlichung ihren Regierungschef schädigen wollte, erklärte Görke. Einen ähnlichen Vorgang in diesem Ausmaß habe es jedenfalls bisher in Brandenburg noch nicht gegeben. dpa

Mehr dazu am Mittwoch in der Märkischen Allgemeinen.

Ihre Meinung ist gefragt!

© Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam • Realisiert mit [icomedi](#)as Enterprise|CMS



Sie befinden sich hier: » Märkische Allgemeine » Nachrichten » Brandenburg/Berlin » Landespolitik

25.02.2008

Grüne zweifeln am Aufklärungswillen

DDR-Altlieder noch in der Politik

POTSDAM - Unmittelbar vor der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Bodenreform-Affäre in Brandenburg haben die Grünen den Aufklärungswillen von SPD und CDU bezweifelt. Die Enteignung von Bodenreform-Land sei die Folge grundsätzlicher Weichenstellungen der Politik unter Ministerpräsident Manfred Stolpe (SPD), sagte der Grünen-Vorsitzende Axel Vogel gestern. „Ich bezweifle, dass SPD und CDU willens sind, sich zu dieser politischen Verantwortung im Untersuchungsausschuss zu bekennen.“ Vogel schlug vor, eine unabhängige Historikerkommission einzusetzen.

Es sei in den zurückliegenden Jahren darum gegangen, „die Nachfolgebetriebe der LPG um jeden Preis zu erhalten und der Bildung kleinbäuerlicher Strukturen durch eine Ausgliederung von Bodenreformland entgegenzuwirken.“ Man dürfe die Verantwortung für die Affäre aber nicht allein der Verwaltung zuschreiben. Der Bundesgerichtshof hatte die märkische Praxis verworfen. Es sei „sittenwidrig und nichtig“, dass sich Brandenburg bis zum Auslaufen einer Verjährungsfrist am 2. Oktober 2000 anstelle unbekannter Erben als Eigentümer in Grundbücher eintragen ließ.

Grünenchef Vogel betonte, die handelnden Personen seien oftmals schon zu DDR-Zeiten im agroindustriellen Mittelbau aktiv gewesen. Neben dem früheren SPD-Agrarminister Edwin Zimmermann zählten dazu auch zahlreiche Mitglieder der Blockparteien CDU und Bauernpartei, von denen noch heute viele politische Funktionen innehätten. Dass die alten Strukturen fortwirkten, zeige sich auch daran, dass die CDU statt des DDR-kritischen Dieter Dombrowski lieber das alte Blockparteimitglied Wilfried Schrey in den Untersuchungsausschuss entsendet habe, der früher technischer Leiter einer LPG war.

Unterdessen wurden zwei weitere Informationsnummern zur Bodenreform in Brandenburg geschaltet. Damit sei die Hotline nun von Montag bis Freitag unter den drei Nummern 0331/ 5818138-1, 2 oder 3 zu erreichen, teilte das Finanzministerium mit. (dpa/MAZ)

Ihre Meinung ist gefragt!

© Märkische Verlags- und Druck-Gesellschaft mbH Potsdam • Realisiert mit [icomedia Enterprise|CMS](#)